

Nachbericht Defossilierung der Land- und Forstwirtschaft – eine (machbare) Herausforderung

Ist eine Bewirtschaftung in der Land- und Forstwirtschaft ohne fossile Brennstoffe möglich? Dieser Frage gingen Experten beim Webinar „Defossilierung der Land- und Forstwirtschaft – eine (machbare) Herausforderung“ nach. Klimaneutrale Alternativen müssten bereits in den nächsten 15 Jahren verstärkt eingesetzt werden.

Der Klimawandel schreitet immer schneller voran. Ein Hauptgrund dafür sind die hohen CO₂-Emissionen, die durch die Verbrennung fossiler Rohstoffe entstehen. Im Jahr 2024 wurden weltweit 37,4 Mrd. Tonnen CO₂ in die Atmosphäre emittiert. In Österreich lagen die CO₂-Emissionen bei 68,6 Mio. Tonnen (Stand 2023). Das Ziel der Regierung ist, bis 2040 die Klimaneutralität zu erreichen. Dazu muss Österreich jedoch vermehrt auf klimaneutrale Brenn- und Kraftstoffe setzen. Das Netzwerk Zukunftsraum Land widmete sich am 19. Mai 2025 mit dem Onlinewebinar „Defossilierung der Land- und Forstwirtschaft – eine (machbare) Herausforderung“ diesem Thema und den möglichen Lösungsansätzen.

Um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen, müssen alle Sektoren einen Beitrag leisten. Laut **Holger Heinfellner**, Leiter des Mobilitätsteams im Umweltbundesamt, gibt es unterschiedliche Pfade, die je nach Ambitionsniveau der Maßnahmen unterschiedlich schnell zum Ziel führen. Als Hauptbausteine im Bereich Verkehr hob er die weitgehende Elektrifizierung und den Einsatz klimaneutraler Kraftstoffe hervor. Auch in der Landwirtschaft sieht er hier großes Potenzial.

Alexander Bachler von der Landwirtschaftskammer Österreich stellte in seinem Vortrag die unterschiedlichen alternativen Kraftstoffe genauer vor – beginnend bei Pflanzenölen, HVO (hydrated vegetable oil), Biomethan über Wasserstoff bis hin zu E-Fuels und Holzdiesel. Bachler verwies dabei auf die Broschüre „Alternative Antriebssysteme in der Land- und Forstwirtschaft“, die detaillierte Informationen und Übersichtstabellen mit den Vor- und Nachteilen der Kraftstoffe sowie der Elektrifizierung enthält. Die Broschüre kann unter www.lko.at/publikationen kostenlos heruntergeladen werden.

Obwohl es bereits erste Traktoren gibt, die mit alternativen Kraftstoffen betrieben werden können, finden diese aktuell noch keine Verbreitung am Markt. Die Forschung und Entwicklung in entsprechende Technik müsse daher weiter vorangetrieben werden.

Auch bei der Herstellung der Kraftstoffe gibt es bereits innovative Pläne. In den nächsten Jahren sollen Anlagen zur Gas- und Treibstoffproduktion auf Basis land- und forstwirtschaftlicher Reststoffe in Österreich errichtet werden. **Richard Zweiler** vom Advanced Bioenergy Lab berichtete, dass in diesen Anlagen mit der Fischer-Tropsch-Synthese aus Biomasse ein fertiger tankbarer Kraftstoff erzeugt werden kann. Der Spatenstich für die erste Anlage soll im Herbst in Zeltweg erfolgen. Der Start der Produktion ist für das Jahr 2027 geplant.

Christoph Pfemeter vom österreichischen Biomasseverband erklärte, dass bei einem Ausstieg aus fossilen Energien 70 bis 80% des Treibhausgasproblems gelöst wären. Allerdings machen fossile Energien (Erdöl, Erdgas und Kohle) nach wie vor einen Großteil des Gesamtenergiebedarfs Österreichs aus. Für die Erreichung des 1,5 bzw. 2 Grad-Zieles gibt es unterschiedliche Szenarien. Im Idealfall sinkt der Energiebedarf, der Lebensstandard steigt.

Jedoch sieht der aktuelle Verlauf eher so aus, dass der Energiebedarf steigt und Ressourcen- und Energieeffizienz wichtiger werden. Emissionsminderungen werden hierbei durch technologische Mittel erreicht.

Ein wesentlicher Aspekt ist außerdem die Versorgungssicherheit. Diese betrifft neben Energie auch Lebensmittel, Hygieneprodukte, Medikamente usw. Um auf alle Eventualitäten vorbereitet zu sein, gib es eine koordinierende Stelle in der Bundesregierung, die sich mit Krisen befasst. **Andreas Schlegel** vom Krisensicherheitsbüro stellte diese in seinem Vortrag vor: Der Regierungsberater steht der Regierung bei allen Fragen der Krisenvorsorge, der Krisenbewältigung, der umfassenden Landesverteidigung, der nationalen Sicherheit und staatlichen Resilienz zur Seite.